

Christoph Meissner

Geltung und Abdingbarkeit des
Betriebsrentengesetzes bei
Versorgungszusagen von Organmitgliedern



Nomos

Schriftenreihe zum deutschen und internationalen
Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von der Sozietät Gleiss Lutz

Band 65

Christoph Meissner

Geltung und Abdingbarkeit des
Betriebsrentengesetzes bei
Versorgungszusagen von Organmitgliedern



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft, Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6296-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-0403-8 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde der Bucerius Law School im Sommertrimester 2018 als Dissertation vorgelegt. Die mündliche Promotionsprüfung fand am 28. Oktober 2019 in Hamburg statt. Literatur und Rechtsprechung wurden bis Juli 2018 ausgewertet.

Herzlich danken möchte ich zunächst meinem Doktorvater, Professor Dr. Matthias Jacobs, der sich früh bereit erklärt hat, die vorliegende Arbeit zu betreuen und mir während der Promotionszeit den nötigen wissenschaftlichen Freiraum gewährt hat. Mein herzlicher Dank gebührt darüber hinaus Professor Dr. Klaus-Stefan Hohenstatt. Er hat mein Promotionsvorhaben durch seine Ideengebung, seinen wertvollen fachlichen Rat und das zügige Erstellen des Zweitgutachtens maßgeblich vorangebracht.

Gedankt sei ferner der Sozietät Gleiss Lutz für die Aufnahme dieser Arbeit in die vorliegende Schriftenreihe.

Besonders danken möchte ich zudem meinem Freund, Maurice Morabel, der meine Promotionszeit mit positiven Impulsen und Ablenkungen fernab des Fachlichen in jeder Hinsicht bereichert hat.

Über alle Maßen dankbar bin ich meinen Eltern, Elsa Margarete Helga und Wolfgang Meissner. Sie haben nicht nur das Manuskript dieser Arbeit bereitwillig wiederholte Male Korrektur gelesen. Ihre bedingungslose Liebe und überaus großzügige Unterstützung haben meinen bisherigen Werdegang überhaupt erst möglich gemacht. Ihnen widme ich diese Arbeit in tiefer Verbundenheit.

Berlin, im Oktober 2019

Christoph Meissner

Inhaltsübersicht

Einleitung	17
------------	----

Erster Teil

Geltung des Betriebsrentengesetzes	25
A. Einführung	25
B. Persönlicher Geltungsbereich des BetrAVG – Organmitglieder als Nichtarbeitnehmer i. S. d. § 17 Abs. 1 Satz 2 –	26
C. Sachlicher Geltungsbereich des BetrAVG – Versorgungsleistungen von Organmitgliedern als betriebliche Altersversorgung i. S. d. BetrAVG –	80
D. Ergebnisse	88

Zweiter Teil

Abdingbarkeit des Betriebsrentengesetzes	95
A. Einführung	95
B. Kontroverse zur Abdingbarkeit	98
C. Gesetzesauslegung und Rechtsfortbildung	114
D. Ergebnisse	158

Dritter Teil

Umfang und Bedeutung der Vertragsdispositivität	163
A. Einführung	163
B. Tarifdispositive Normen und der Umfang ihrer vertraglichen Abdingbarkeit	165

Inhaltsübersicht

C. Weitergehende Beschränkungen durch AGB-Recht	216
D. Bedeutung der Vertragsdispositivität für die Vertragsauslegung	257
E. Ergebnisse	260
Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse	265
Literaturverzeichnis	269

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
<i>Erster Teil</i>	
Geltung des Betriebsrentengesetzes	25
A. Einführung	25
B. Persönlicher Geltungsbereich des BetrAVG – Organmitglieder als Nichtarbeitnehmer i. S. d. § 17 Abs. 1 Satz 2 –	26
I. Organmitglieder ohne Unternehmensbeteiligung	28
II. Organmitglieder mit Unternehmensbeteiligung	29
1. Ursprüngliches Verständnis	29
2. Notwendigkeit der teleologischen Reduktion	30
a) Schutzzweck des Betriebsrentengesetzes	30
b) Gesetzliche Insolvenzsicherung	31
c) Widerspruch zum Gesetzeszweck	32
3. Praktische Bedeutung der Doppelstellung bei Vorstandsmitgliedern	33
4. Unterschiedliche Lösungsansätze	33
a) Gedanke der Vertragsparität	34
aa) Vertragsparität durch innerverbandlichen Einfluss (Wiedemann/Moll)	34
bb) Typische Vertragsparität und wirtschaftliche Schutzbedürftigkeit (Höfer)	35
cc) Wertende Beurteilung der Verhandlungsposition (OLG Köln)	36
dd) Ablehnung des Abgrenzungskriteriums „Vertragsparität“ (BGH)	36
ee) Anknüpfung an objektiv nachprüfbare Kriterien (Stellungnahme)	38
b) Abgrenzungskriterium: Unternehmerstellung	40
aa) Tätigkeit für ein fremdes Unternehmen (BGH)	42
bb) Unternehmerstellung als objektiver Maßstab (Stellungnahme)	43
	11

Inhaltsverzeichnis

5. Unternehmerstellung im Einzelnen	44
a) Differenzierung nach der Gesellschafterstellung	44
aa) Alleingesellschafter	45
bb) Mehrheitsgesellschafter	45
cc) Gesellschafter mit exakt 50 %iger Beteiligung	46
dd) Minderheitsgesellschafter	48
b) Mitunternehmerstellung durch	
Zusammenrechnung	52
aa) Rechtsprechung des BGH	52
bb) Ablehnung der Zusammenrechnungslösung	54
(1) Zweifel an der 10 %-Grenze	55
(a) Zum Begründungsansatz des	
Schrifttums	55
(aa) Minderheitenrechte in der	
GmbH	56
(bb) Minderheitenrechte in der AG	56
(cc) Schlussfolgerungen für die	
Mitunternehmerstellung	57
(b) Zum Begründungsansatz des BGH	58
(2) Wertungswidersprüche und	
unsachgerechte Ergebnisse	61
(3) Zweifelhafte Begründung der	
Zusammenrechnung	63
(a) Zum Einigungszwang unter	
geschäftsführenden Gesellschaftern	63
(b) Zur fehlenden Einbeziehung	
nichtgeschäftsführender	
Gesellschafter	65
cc) Gegenvorschlag: Beteiligungs- und	
Stimmrechtsquote von mindestens 50 %	68
dd) Zwischenzeitliche Zweifel und gegenwärtige	
Rechtsprechungspraxis	70
c) Unternehmerstellung bei mittelbaren Beteiligungen	72
d) Auseinanderfallen von Kapitalbeteiligung und	
Stimmrechten	73
e) Wechsel zwischen Nichtarbeitnehmer- und	
Unternehmerstellung	75
aa) Bedeutung für die Geltung des	
Betriebsrentengesetzes	75
bb) Bedeutung für die Unverfallbarkeit	76

cc) Etwaige Kürzung des insolvenzgeschützten Teils	78
III. Zusammenfassung	79
C. Sachlicher Geltungsbereich des BetrAVG – Versorgungsleistungen von Organmitgliedern als betriebliche Altersversorgung i. S. d. BetrAVG –	80
I. Leistungen der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	81
II. Zugesagt vom Dienstgeber	83
III. Aus Anlass des Anstellungsverhältnisses	85
IV. Zusammenfassung	87
D. Ergebnisse	88

Zweiter Teil

Abdingbarkeit des Betriebsrentengesetzes	95
A. Einführung	95
B. Kontroverse zur Abdingbarkeit	98
I. Generelle Unabdingbarkeit der arbeitsrechtlichen Vorschriften	98
II. Vollständige Abdingbarkeit der arbeitsrechtlichen Vorschriften	103
III. Vertragsdispositivität der tarifdispositiven Vorschriften	107
1. Grundsatzurteil des BAG vom 21.4.2009	107
2. Reaktionen aus dem Schrifttum	110
3. Urteil des BGH vom 23.5.2017	112
IV. Zusammenfassung	113
C. Gesetzesauslegung und Rechtsfortbildung	114
I. Zur gebotenen Differenzierung	114
II. Gesetzesauslegung	115
1. Wortlaut	115
2. Systematik	117
3. Regelungsabsicht und Normvorstellungen des historischen Gesetzgebers	121
4. Ratio legis hinter der Einbeziehung von Nichtarbeitnehmern	127

Inhaltsverzeichnis

5. Verfassungskonforme Auslegung	129
6. Ergebnis der Gesetzesauslegung	132
III. Rechtsfortbildung	135
1. Schutzbedürftigkeit von Organmitgliedern	136
a) Divergierende Auffassungen	136
b) Unsachgemäße Pauschalisierung	143
c) Schutzbedürftigkeit trotz Verhandlungsstärke	145
2. Zur Frage der Abdingbarkeit	146
a) Zur vollständigen Abdingbarkeit	148
b) Zur bedingten Abdingbarkeit (Vertragsdispositivität)	150
3. Ergebnis zur erwogenen Rechtsfortbildung	155
IV. Zusammenfassung	156
D. Ergebnisse	158

Dritter Teil

Umfang und Bedeutung der Vertragsdispositivität	163
A. Einführung	163
B. Tarifdispositive Normen und der Umfang ihrer vertraglichen Abdingbarkeit	165
I. Anspruch auf Entgeltumwandlung, § 1a BetrAVG	165
II. Höhe der unverfallbaren Anwartschaft, § 2 BetrAVG	168
1. Ansätze zur Beschränkung der Abdingbarkeit	170
a) Wertmäßiger Erhalt der Anwartschaft (Rolfs)	171
b) Erhalt der Anwartschaft „im Wesentlichen“ (Steinmeyer)	171
c) Erhalt der Anwartschaft zu wenigsten 50 % (Höfer)	172
d) Keine sittenwidrige Vereitelung des Normzwecks (Diller/Arnold/Kern)	173
aa) Unterschreiten der 50 %-Grenze aus sachlichen Gründen	174
(1) „Hockeyschläger-Zusagen“	174
(2) Vorzeitige Altersgrenze	175
(3) Verkürzung der zu berücksichtigenden Dienstzeiten	176
(4) Verbesserung der Versorgungszusage als Neuzusage	177

bb) Weitere Abweichungsmöglichkeiten	177
(1) Gesamtversorgungssysteme, § 2 Abs. 5 Satz 2 BetrAVG a. F.	177
(2) Anrechnung späterer Anwartschaften, § 2 Abs. 5 Satz 4 BetrAVG a. F.	178
(3) Insolvenzschutz der unverfallbaren Anwartschaften	179
2. Bewertung der unterschiedlichen Ansätze	180
3. Abweichungen von den Regelungen in § 2 Abs. 2 bis 6 BetrAVG	182
III. Berechnung und Wahrung des Teilanspruchs, § 2a BetrAVG	185
IV. Abfindung, § 3 BetrAVG	186
1. Abfindungsregelungen in der Versorgungszusage	190
2. Abfindungsregelungen im Aufhebungs- oder Änderungsvertrag	193
3. Abfindung beim Wechsel zu einem Dienstgeber im EU-Ausland	195
V. Übertragung, § 4 BetrAVG	196
VI. Auszehrung und Anrechnung, § 5 BetrAVG	198
VII. Vorzeitige Altersleistung, § 6 BetrAVG	201
VIII. Anpassungsprüfpflicht, § 16 BetrAVG	205
IX. Verjährung, § 18a BetrAVG	207
1. Geltung für Nichtarbeitnehmer	208
2. Umfang der Abdingbarkeit	209
a) Begrenzung durch § 18a Satz 2 BetrAVG	210
aa) Zweifel am Regelungsgehalt	210
bb) § 18a Satz 2 BetrAVG als Mindestschutznorm	212
b) Ergebnis zum Umfang der Abdingbarkeit	214
X. Zusammenfassung	215
C. Weitergehende Beschränkungen durch AGB-Recht	216
I. Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB	216
1. Keine Bereichsausnahme	217
2. Einstufung als Verbrauchervertrag	218
3. Keine Individualvereinbarung	221
II. Bedeutung für die Vertragsdispositivität	222
1. Zum derzeitigen Erkenntnisstand	222
2. Grundsätzliche Bedenken	224
a) Wertungswidersprüchlichkeit	224

Inhaltsverzeichnis

b) Gegenläufige Rechtsprechungspraxis	228
c) Lösung: Einstufung als Individualvereinbarung oder restriktive Inhaltskontrolle	229
3. Einfluss des AGB-Rechts im Einzelnen	230
a) Zur Bedeutung von § 305c BGB	231
aa) Verbot überraschender Klauseln, § 305c Abs. 1 BGB	231
(1) Gegenstand der Regelung	231
(2) Bedeutung für die Vertragsdispositivität	233
(a) Ungewöhnlichkeit	233
(b) Überraschungsmoment	235
(c) Ausschluss des Überraschungsmoments	236
(d) Reduzierte Schutzbedürftigkeit	237
bb) Unklarheitenregel, § 305c Abs. 2 BGB	238
b) Zur Bedeutung der §§ 307 bis 309 BGB	240
aa) Spezielle Klauselverbote der §§ 308, 309 BGB	241
bb) Konkretisierungstatbestände des § 307 Abs. 2 BGB	244
(1) Unvereinbarkeit mit wesentlichen Grundgedanken (Nr. 1)	245
(a) Zusätzliche Restriktionen durch gesetzliches Leitbild	245
(b) Gegenauffassung: Dispositivität als Grundwertung	246
(2) Gefährdung der Erreichung des Vertragszwecks (Nr. 2)	250
cc) Transparenzgebot, § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB	250
dd) Generalklausel, § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB	252
III. Zusammenfassung	256
D. Bedeutung der Vertragsdispositivität für die Vertragsauslegung	257
I. Auslegungsmaßstab	257
II. Berücksichtigung des Rechtsprechungswandels	258
III. Zusammenfassung	260
E. Ergebnisse	260
Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse	265
Literaturverzeichnis	269